

Durch die Wüste





Herzlich willkommen.
*Das Saharonim detention center in
der Negev-Wüste, August 2012*



Flüchtling – und kein „Eindringling“.
*Aktivisten plakatieren Poster mit den
Portraits afrikanischer Flüchtlinge und
diesem Slogan. Tel Aviv, Juni 2012*

In Israel machen Politikerinnen und Politiker sowie rechte Organisationen gegen die „infiltrators“ genannten afrikanischen Flüchtlinge mobil. Die andauernden Anfeindungen und Verleumdungen gipfelten diesen Sommer in gewalttätigen Ausschreitungen in Tel Aviv. Von Miriam Edding

Für Israel ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, ein Aufnahmeland für Flüchtlinge aus Afrika zu sein, im Verhältnis zu Europa relativ neu. Erst seit 2005 kommen Flüchtlinge in nennenswerter Zahl über die ägyptische Sinai-Halbinsel nach Israel. Besonders für Menschen aus dem Sudan, die der extremen Gewalt in Darfur entkommen wollen¹, und aus der Militär-Diktatur Eritrea, die in allen Menschenrechtsindices einen der letzten Plätze einnimmt, ist Israel das nächste sichere und erreichbare Land. Bis zum Jahr 2012 sind durch den Sinai insgesamt etwa 60.000 Flüchtlinge nach Israel gelangt, allein 17.000 waren es im Jahr 2011. Die Zahlen haben auch deshalb zugenommen, weil die Europäische Union in den letzten Jahren erfolgreiche Kooperationen mit den alten autokratischen Regimes in Nordafrika installiert hatte, um die Migrationsrouten über den Maghreb und die Levante zu blockieren. Auch der Krieg in Libyen und die weitreichenden Veränderungen in der Region durch den „arabischen Frühling“ führten zur Verschiebung etablierter Wege für Flüchtlinge.

Historisch agierte Israel in Bezug auf Flüchtlingsrechte ambivalent: Aufgrund der jahrhundertelangen jüdischen Erfahrung von Diskriminierung und Antisemitismus war Israel bei der Formulierung der Genfer Flüchtlingskonvention 1951 maßgeblich beteiligt und einer der ersten unterzeichnenden Staaten. Andererseits führte die Flucht und Vertreibung von großen Teilen der vor 1948 ansässigen palästinensischen Bevölkerung dazu, dass sich Israel vor der UNO-Vollversammlung ständiger Kritik unter Verweis auf die Genfer Konvention ausgesetzt sah und eine Argumentation entwickelte, nach der palästinensische Flüchtlinge nicht unter die Flücht-

lingskonvention fallen. Wohl auch daher wurde das Regelwerk der Konvention bis heute nicht in israelisches nationales Recht überführt.

Weniger als ein Prozent anerkannte Flüchtlinge

Bis 2008 lag die Zuständigkeit für die Anerkennung von Flüchtlingen in Israel in den Händen des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Seither wurde ein eigenständiges Asylverfahren etabliert, das aber von israelischen Flüchtlingsorganisationen stark kritisiert wird: Sie monieren, es sei strukturell so angelegt, dass faktisch so gut wie

kein Asyl gewährt wird. Im Jahr 2010 wurden von 3.366 gestellten Asylanträgen nur acht positiv beschieden, das sind 0,24 Prozent und damit weniger als in Griechenland, dem „bad guy“ des europäischen Asylsystems. Statt ein individuelles

Asylverfahren durchzuführen, gewährt Israel den Flüchtlingen aus Eritrea und Sudan einen zeitlich begrenzten Schutzstatus. Diese „temporary group protection“ berechtigt aber weder zur Teilnahme am Arbeitsleben und am Gesundheits- oder Erziehungssystem noch bietet sie Schutz vor der Internierung in detention centers. Sie verhindert lediglich, dass die betroffenen Personen abgeschoben werden.²

„Reise aus der Hölle durch die noch viel tiefere Hölle“³

Die faktische Abwesenheit eines funktionierenden Asylsystems ist für Flüchtlinge nach Israel besonders dramatisch. Der Sinai ist eine der brutalsten Migrationsrouten der Welt. Nur der Weg durch Mexiko ist für Migrantinnen und Migranten gefährlicher. Die Wüste Sinai ist ein schwer zu kontrollierendes Terrain – geographisch extrem unzugänglich, zu großen

Der Sinai ist eine der brutalsten Migrationsrouten der Welt

Teilen militärisches Sperrgebiet und durch die Vernachlässigung der ägyptischen Regierung rechtliches Niemandsland. So konnte sich ein Menschenschmuggler-Business etablieren, das auch die letzten Anhänger des „Fluchthelfer-Paradigmas“ im antirassistischen Lager eines Besseren belehren sollte. Da ohne professionelle Hilfe der Sinai nicht durchquert werden kann, sind die Flüchtlinge auf

Die Internierungs-Kapazitäten für Flüchtlinge sollen um 16.000 Plätze erweitert werden

Schmuggler angewiesen, die ihre Situation auszunutzen, um möglichst viel Geld zu erpressen. Flüchtlinge werden systematisch gefoltert. So sollen Verwandte, die währenddessen angerufen werden

und die Schreie der Opfer mit anhören müssen, gezwungen werden, hohe Lösegelder zu bezahlen. Massenvergewaltigungen von Frauen sind genauso die Regel wie das Aufhängen an den Füßen oder das Quälen mit Elektroschocks.

Oft werden Flüchtlinge von einem Netzwerk an ein anderes weiter verkauft. Unbekannt ist die Zahl derjenigen, die ähnlich wie in Libyen zu Gaddafis Zeiten in der Wüste oder in den Schmugglergefängnissen gestorben sind, ohne dass je darüber berichtet wurde. Ägyptische Sicherheitskräfte haben nach Zeugenaussagen von Flüchtlingen seit Mai 2009 mindestens siebzehn Menschen bei dem Versuch erschossen, die Grenze nach Israel zu überqueren. Die Organisation *International Commission of Eritrean Refugees* ging im Mai 2012 von zweitausend Geiseln aus, die in den Camps der Schmuggler festgehalten werden. Durch die weitgehende Abwesenheit staatlicher Strukturen im Sinai nach dem Sturz Mubaraks und die verschärften Grenzschutzmaßnahmen Israels könnte sich die Situation noch zuspitzen. Denn seit dem Jahr 2010 verstärkt Israel seine Anstrengungen, „illegale Migration“ über den Sinai zu stoppen. Es wurde mit dem Bau eines Hochsicherheitszauns begonnen, der Ende 2012 fertig gestellt werden soll. Die Chance, Israel zu erreichen wird geringer, die Wahrscheinlichkeit, entweder von den Netzwerken erpresst zu werden oder in ägyptischen Gefängnissen zu landen, steigt.⁴

Das größte detention center der Welt

Anfang 2012 wurde von der Knesset das sogenannte Infiltration Law (Prevention of Infiltration Law – also ein Anti-Immigrations-Gesetz) gebilligt, das diesen Juni in Kraft trat. Das Gesetz sieht vor, dass Menschen, die „illegal“ nach Israel eingereist sind, für drei Jahre oder mehr in detention centers inhaftiert werden dürfen. Einer Gerichtsverhandlung bedarf es hierfür nicht. Flüchtlinge aus sogenannten feindlichen Staaten wie zum Beispiel dem Sudan können sogar unbegrenzt eingesperrt werden – völlig unabhängig davon, ob sie tatsächlich eine Gefahr für die Sicherheit Israels darstellen oder nicht. Weiterhin sollen die Internierungs-Kapazitäten für Flüchtlinge um 16.000 Plätze erweitert werden. Das Hochsicherheitsgefängnis Ketziot wird zurzeit ausgebaut, so dass bis zu 10.000 Flüchtlinge dort untergebracht werden können – damit würde es zu einem der größten detention centers der Welt. Übergangsweise wird der Ausbau der Haftplätze durch den Bau einer Zeltstadt vorangetrieben, die kürzlich allerdings vom Sozialministerium aus humanitären Gründen für ungeeignet erklärt wurde, um Flüchtlinge für längere Zeit aufzunehmen. Nach dem neuen Gesetz sollen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die „infiltrators“ einstellen, bestraft werden. Ursprünglich sah das Infiltration Law sogar vor, dass auch Menschen, die „illegale“ Migrantinnen und Migranten unterstützen, mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden können. Diese Klausel wurde aber nach öffentlichen Protesten zurück genommen.

„Until our hearts are completely hardened – bis unsere Herzen sich völlig verhärten“

Die Gesetzes-Offensive wird begleitet von einer Hetzkampagne gegen Flüchtlinge. Neben der auch in Europa immer wieder bemühten Argumentation, es handele sich ausschließlich um Arbeitsmigrantinnen und -migranten (die aber in Israel besonders unzutreffend ist, da über 80 Prozent der Migrantinnen und Migranten aus dem Sudan und Eritrea kommen und in beide Länder nach internationalen Standards nicht abgeschoben werden darf) und den altbekannten, überall auf der Welt verbreiteten rassistischen Stigmatisierungen (Flüchtlinge würden Aids übertragen, Frauen vergewaltigen und die Kriminalitätsrate steigern) kommt in Israel eine besondere Argumentation hinzu: orthodoxe und nationalistische Kreise heben immer wieder hervor, dass Israel keine nicht-jüdischen Flüchtlinge aufnehmen sollte, da sie den jüdischen Charakter des Staates bedrohten. Justizminister Jaakov Neeman, Mitglied der ultrarechten Partei

„Unser Haus Israel“ (Jisra'el Beitenu), äußerte in einem Interview, afrikanische Migranten einzustellen sei anti-zionistisch und Premier Netanjahu findet, dass „Flüchtlinge eine Bedrohung des empfindlichen demographischen Gefüges darstellen, auf dem Israel basiert.“ Die Likud-Abgeordnete Miri Regev bezeichnete die Flüchtlinge gar als „Krebsgeschwür in unserem Körper“. Innenminister Eli Jischai von der orthodoxen Schas-Partei sieht den Staat Israel durch die „infiltrators“ in Gefahr und versprach wiederholt, alle afrikanischen Flüchtlinge einzusperren, um sie dazu zu bringen, das Land zu verlassen.⁵

Dieser von vielen israelischen Menschenrechtsorganisationen als Hate-Speech bezeichneten Propaganda folgten im Mai 2012 auch Taten. Nach einer von rechten Gruppen organisierten Demonstration gegen afrikanische Immigrantinnen und Immigranten im Süden Tel Avivs, an der auch mehrere Abgeordnete der Regierungskoalition teilnahmen, kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, in deren Zuge Geschäfte und Autos von Sudanesischen und Sudanesen angezündet wurden.

Alle einsperren und abschieben?

Daraufhin setzten sich mehrere israelische Bürgermeister dafür ein, alle afrikanischen Flüchtlinge abzuschicken. Diese Forderung ist nach internationalem Recht und bisheriger israelischer Rechtsprechung kaum umzusetzen. Allerdings wurde im Sommer mit Abschiebungen in den Südsudan begonnen, der von Israel trotz der nach wie vor instabilen Situation des neuen Staates als sicher eingestuft wird. Innenminister Jischai meint es offensichtlich ernst mit seiner immer wieder geäußerten Ankündigung, alle afrikanischen Flüchtlinge zur Ausreise zwingen zu wollen: Ab Ende Oktober wollte er alle sudanesischen Flüchtlinge in die neu errichteten detention centers in der Negev-Wüste internieren lassen. Ein Jerusalemer Gericht hat diese Verfügung aufgrund der Klagen von Menschenrechtsorganisationen aber für unzulässig erklärt.⁶

Die Verteidigung der Rechte von Flüchtlingen vor israelischen Gerichten ist eines der Hauptaktionfelder von flüchtlingspolitisch aktiven NGOs. Die „Hotline for Migrant Workers“ hat zusammen mit anderen Gruppen immer wieder erfolgreich geklagt,

Auch bei dem Angriff auf Menschenrechtsgruppen leisten rechte Politikerinnen und Politiker verbalen Beistand



Foto: Yotam Ronen/Activestills

um die Vorstöße der Regierung, geltendes israelisches Recht für Flüchtlinge zu ignorieren, zurückzuweisen. Aber die Arbeit von Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen findet in einer polarisierten Stimmung statt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hotline erhielten Drohbriefe, nachdem sie die rassistischen Ausschreitungen in Tel Aviv auch in internationalen Medien massiv kritisiert hatten. Und auch beim Angriff auf Menschenrechtsgruppen leisten rechte Politikerinnen und Politiker verbalen Beistand. Die Kadima-Abgeordnete Julia Shmuelov forderte in der Knesset-Debatte, die den Ausschreitungen in Tel Aviv folgte, dass „Menschenrechtsaktivisten zusammen mit den von ihnen unterstützten Flüchtlingen ins Gefängnis geschickt werden sollten.“⁷

Hungerstreik von Flüchtlingen

Ende Oktober organisierten sudanesischen Frauen im Gefängnis Saharonim einen Hungerstreik gegen die Internierungspläne von Innenminister Jischai, an dem sich über 400 Gefangene beteiligten. Auch eine Demonstration von Flüchtlingen und Unterstützungsgruppen in Tel Aviv fand ein reges

Presseecho. Die gesellschaftliche Debatte um den Umgang mit Flüchtlingen ist für die Rechte noch nicht gewonnen, auch da sich israelische Gerichte bisher dem Druck der Politik nicht beugen. Israels linke Zivilgesellschaft lässt sich auch in dem bedrohlichen Klima, das durch viele Mitglieder der extrem rechten Regierungsparteien in Zusammenspiel mit ultranationalistischen und -orthodoxen Gruppen

Proteste gegen Rassismus und die Flüchtlingspolitik der israelischen Regierung in Tel Aviv, Juli 2012

Miriam Edding
*arbeitet für die
 Stiftung :do. Ihre
 Arbeitsschwerpunkte
 sind die Arbeit
 transnationaler
 Netzwerke gegen das
 europäische
 Migrationsregime
 und die Situation an
 den EU-Außengrenzen.*

seit Jahren geschürt wird, nicht unterkriegen. Aber die Entwicklung seit 2010 gibt Anlass zu großer Besorgnis und zeigt, wie massiv Flüchtlingsrechte mit Füßen getreten werden können, wenn rechte bis rechtsextreme Parteien an der Regierung zusammen mit nationalistischen und chauvinistischen Gruppen auf der Straße agieren.

Flüchtlingsaktivistinnen und -aktivisten in Europa sollten die Entwicklungen in Israel sehr genau verfolgen und die Diskussion mit den israelischen Gruppen suchen. Trotz der Unterschiede im europäischen und israelischen Migrationsregime gibt es große Gemeinsamkeiten. Auch in Griechenland wird deutlich, wie rasant das Zusammenspiel der im Parlament vertretenen rechtsextremen Partei Goldene

Morgenröte⁸ mit rassistischen Polizeikräften und der nationalistischen Stimmung in Teilen der durch die Wirtschaftskrise polarisierten Bevölkerung dazu führen kann, dass die ohnehin schon dünne menschenrechtliche Tünche des europäischen Umgangs mit Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten völlig schwindet.<

¹ Der Bürgerkrieg im Sudan, der mit der Gründung des neuen Staates Südsudan seinen vorläufigen Endpunkt gefunden hat, gilt als einer der tödlichsten Kriege der letzten Jahre. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind bei den Kämpfen in Darfur um die 300.000 Menschen ermordet worden; 2,5 Millionen wurden vertrieben und leben zum größten Teil als Binnenflüchtlinge weiterhin im Sudan.

² Für mehr Informationen über das völlig mangelhafte israelische Asylverfahren siehe: Berman, Yonatan (veröffentlicht von Hotline for Migrant Workers): *Until our hearts are completely hardened. Asylum Procedures in Israel*, Tel Aviv 2012. Volltext: http://hotline.org.il/english/pdf/asylum_procedures_2012_eng.pdf

³ Zitat eines Eritreers über seine Erlebnisse auf dem Sinai; Tagesspiegel vom 8.9.2012, <http://www.tagesspiegel.de/politik/flucht-ueber-den-sinai-von-hoelle-zu-hoelle/7109234.html>

⁴ Zu Zeugenaussagen von Flüchtlingen zur Situation auf dem Sinai siehe: Keren, Ella (veröffentlicht von Hotline for Migrant Workers): *„The Dead of the Wilderness“*, Testimonies from Sinai Desert, 2010, Tel Aviv 2011. Volltext: http://www.ardc-israel.org/sites/default/files/testimonies_from_sinai_1220_10.pdf

⁵ Zitiert nach Haaretz vom 30.10.2012: <http://www.haaretz.com/newsnational/yishai-african-migrants-must-be-jailed-convinced-to-leave-premium-1.473099>. Für eine

detaillierte Auflistung rassistischer Äußerungen rechter Politikerinnen und Politiker siehe: Tsurkov, Elizabeth (veröffentlicht von Hotline for Migrant Workers): *„Cancer in Our Body: On Racial Incitement, Discrimination and Hate Crimes against African Asylum Seekers in Israel, January-June 2012“*, Tel Aviv 2012. Volltext: http://www.hotline.org.il/english/pdf/IncitementReport_English.pdf

⁶ Mya Guarnieri in +972 Mag vom 8.11.2012: <http://972mag.com/state-to-court-no-govt-approval-for-yishais-plan-to-arrest-sudanese-en-masse/58437/>

⁷ Omri Efraim in Ynetnews vom 29.5.2012: <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-4235732,00.html>

⁸ Die Zustimmung in der griechischen Bevölkerung für die rechtsextreme Partei nimmt ständig zu. Siehe Der Spiegel vom 6.9.2012: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/goldene-morgenroete-immer-mehr-rechtsextreme-in-griechenland-a-854280.html>